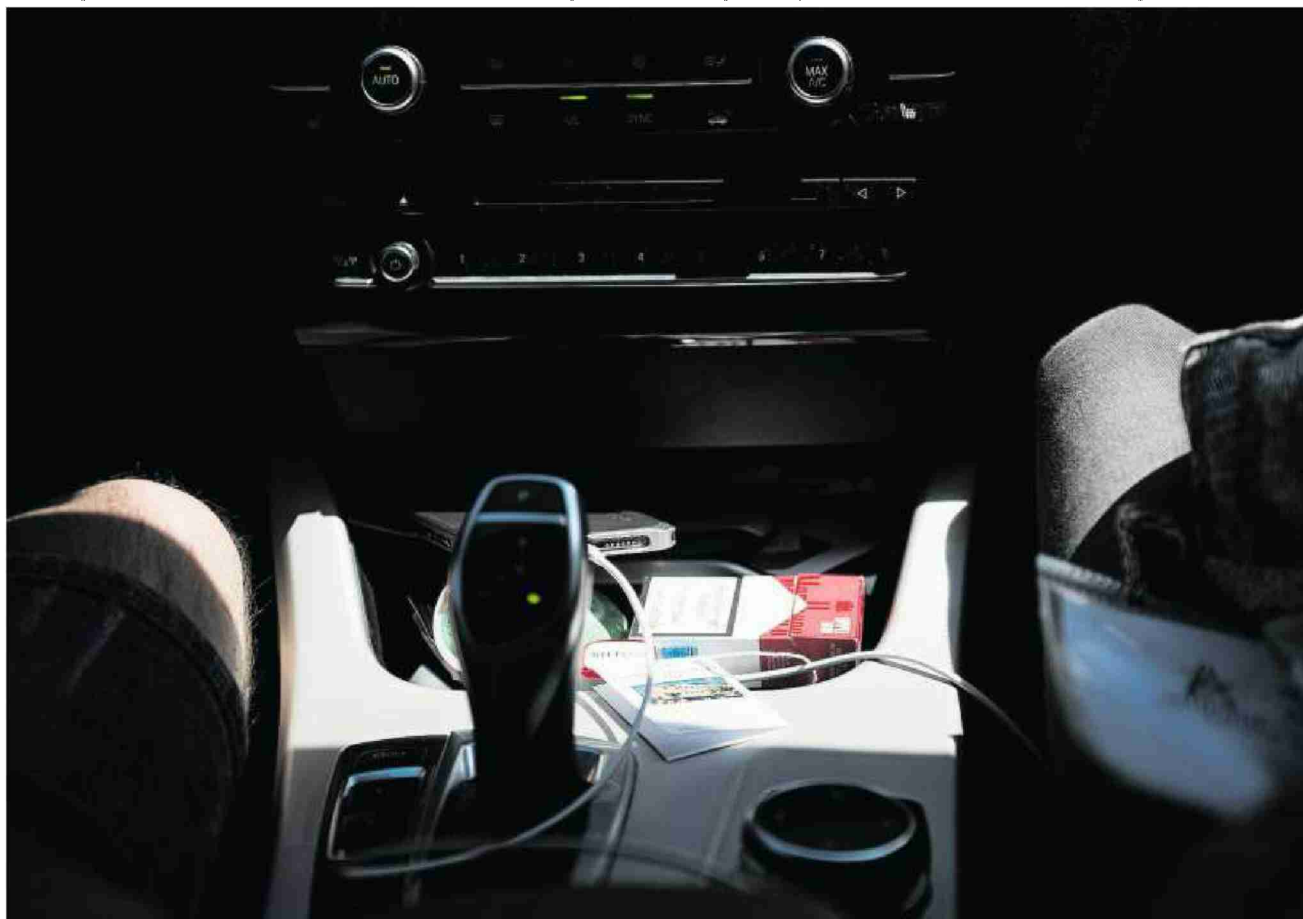




Wer subventioniert hier wen?

Die angeblichen Milliardenkosten des Tabakkonsums taugen nicht als Argument für ein Werbeverbot – die Rechnung sieht anders aus



Rauchen belastet die Gesundheit, aber nicht die Volkswirtschaft.

ANNICK RAMP / NZZ

FABIAN SCHÄFER

Die Verlockung ist einfach zu gross. Während viele Raucher die Finger nicht von Zigaretten lassen können, haben manche Kreise Mühe, alte Klischees ruhen zu lassen. Ein hübsches Exempel dafür liefert der Abstimmungskampf um die Initiative für ein weitgehendes Werbeverbot für Tabakwaren, über die am 13. Februar abgestimmt wird. Immer wieder operieren die Befürworter mit den «Milliardenkosten», die das Rauchen verursache und für welche die Allgemeinheit aufkommen müsse.

So ist zum Beispiel im Argumentarium des Ja-Komitees zu lesen, Tabakkonsum verursache im Gesundheitswesen jedes Jahr direkte Kosten von 3 Milliarden Franken. Das seien 4 Prozent der gesamten Gesundheitsausgaben. «Prämien- und Steuerzahlende bezahlen damit 363 Franken pro Kopf und Jahr oder rund 1500 pro Familie mit zwei Kindern – auch wenn sie selbst nicht rauchen.» Das klingt ungerecht.

Wer zu diesem Zeitpunkt noch nicht überzeugt ist, bekommt weiter zu lesen,

welche enormen Kosten die Wirtschaft wegen Ausfällen von kranken und früh-

Verbot von Tabakwerbung

Eidgenössische Abstimmung
vom 13. Februar 2022

zeitig verstorbenen Rauchern zu tragen habe. Mit Vorliebe verweisen die Tabakgegner auf Berechnungen, die davon ausgehen, dass hierzulande immerwährende Vollbeschäftigung herrscht und ein ausfallender Raucher dauer-

Neue Zürcher Zeitung

Neue Zürcher Zeitung
8021 Zürich
044/ 258 11 11
<https://www.nzz.ch/>

Medienart: Print
Medientyp: Tages- und Wochenpresse
Auflage: 87'908
Erscheinungsweise: 6x wöchentlich



Seite: 9
Fläche: 78'078 mm²

Auftrag: 3005691
Themen-Nr.: 220.104

Referenz: 83057423
Ausschnitt Seite: 2/2

haft nicht mehr ersetzt werden kann. Dieses Szenario ergibt je nach Studie Kosten von über 3 Milliarden Franken. Geht man hingegen davon aus, dass frei werdende Stellen wieder besetzt werden können, sind es «nur» 830 Millionen.

Milliarden für die AHV

Unabhängig von der genauen Summe, die man der rauchenden Minderheit in die Schuhe schieben will: Die ganze Kostenrhetorik ist – um es zurückhaltend zu formulieren – irreführend. Die Raucherinnen und Raucher fallen der Allgemeinheit nicht zur Last. Nach allem, was man weiss, ist eher vom Gegenteil auszugehen: Bei einer umfassenden wirtschaftlichen Betrachtung decken sie nicht nur die Kosten, die sie mit ihrer Sucht verursachen, sondern mehr als das – sie subventionieren die tabakfreie Mehrheit.

Aktuelle Schweizer Zahlen sind leider nicht verfügbar. Die Studie, die noch heute in den meisten Beiträgen zum Thema zitiert wird, datiert von 1998. Sie kommt zum Schluss, dass erstens die Raucher (und ihre Angehörigen) selber für einen grossen Teil der tabakbedingten Produktionsausfälle geradestehen, auch wenn man zum Beispiel die Arbeitslosenversicherung einbezieht. Zweitens tragen sie ihre Krankheitskosten zu etwa 40 Prozent selber, namentlich über Selbstbehalte.

Drittens leisten sie einen zwar unfreiwilligen, aber nicht minder grossen Transfer über die AHV und die Pensionskassen, weil sie im Durchschnitt früher sterben als die Nichtraucher und daher weniger lang Renten beziehen. Daraus folgt in der damaligen Studie, dass viertens externe Kosten von gut 400 Millionen Franken übrigbleiben. Diese werden jedoch fünftens mehr als wettgemacht durch die Tabaksteuer, über die der rauchende Teil der Gesellschaft die Allgemeinheit schon damals mit gut 1,3 Milliarden Franken jährlich alimentieren musste. Seither ist die Steuer mehrfach kräftig erhöht worden. In den letzten Jahren spülte sie jeweils mehr als 2 Mil-

liarden Franken in die Kasse der AHV.

Vierzehn verlorene Lebensjahre

Vor einigen Jahren hat sich Gesundheitsminister Alain Berset angeschickt, das Tabakproduktegesetz zu revidieren und bei dieser Gelegenheit auch die Werbung für Raucherwaren einzuschränken. Daraus ist der indirekte Gegenvorschlag des Parlaments entstanden, der nun unabhängig vom Ausgang der Volksabstimmung in Kraft treten soll. Im Vorfeld haben Bersets Fachleute beim Forschungsbüro Bass eine Studie zur Regulierungsfolgenabschätzung (RFA) in Auftrag gegeben.

Auch in diesem unverdächtigen Papier ist die Feststellung klar: Mit externen Kosten lasse sich eine weitergehende Regulierung – zum Beispiel in Form von Einschränkungen beim Marketing – nicht begründen. Die Autoren gehen mit Verweis auf die Studie von 1998 ebenfalls davon aus, dass es spätestens nach den erfolgten Erhöhungen der Tabaksteuer keine ungedeckten Kosten mehr gibt.

Man mag diese rein wirtschaftliche Betrachtung schnöde bis zynisch finden, weil sie das mannigfache menschliche Leid ausblendet, das mit dem Tabakkonsum verbunden ist – nicht nur für die Raucher, sondern auch für ihre Familien. Den höchsten Preis bezahlen wohl die Raucher selber, insbesondere in Form von verlorenen Lebensjahren. Nach Angaben des Bundes verkürzt das Nikotin ihre Lebenserwartung im Durchschnitt um etwa vierzehn Jahre.

All dies ändert aber nichts daran, dass auch die volkswirtschaftliche Betrachtung relevant ist. Und wenn nun die Befürworter eines rigorosen Werbeverbots die «Milliardenkosten» ins Feld führen, die das Rauchen verursacht, dann dürften sie konsequenterweise auch auf den «Milliardennutzen» hinweisen, der zum Beispiel die defizitäre AHV spürbar entlastet.

Bleibt die Frage, ob aus ökonomischer Sicht eine schärfere Regulierung angebracht ist, obwohl die externen Kosten mehr als gedeckt sind. Die RFA-Stu-

die des Büros Bass gibt dazu aufschlussreiche Hinweise. Geht man von rationalen und vollständig informierten Konsumenten aus, lassen sich strengere Regeln in diesem Fall nicht rechtfertigen, auch nicht bei einem Suchtmittel.

Aus dem Bauch heraus

Die Autoren gehen jedoch davon aus, dass die Menschen im Fall des Rauchens – salopp gesagt – nicht ganz so rational unterwegs sind. Dies gilt in besonderem Masse in der Jugend, in der viele ihre Raucherkarriere starten. Im Jargon formuliert: Im Fall des Rauchens sind die Präferenzen der Konsumenten mutmasslich «nicht zeitkonsistent». Manche, die als Jugendliche mit Rauchen angefangen haben, würden dies als Erwachsene wohl nicht mehr tun. Anders ist kaum zu erklären, weshalb viele Raucher in Umfragen angeben, aufhören zu wollen, es aber nicht zu schaffen.

Die Leute rauchen, obwohl sie es nicht wollen; sie geben Geld für etwas aus, was sie nicht mehr kaufen möchten; sie werden durch vergangene Entscheide daran gehindert, heute gemäss ihren Präferenzen zu leben; Entscheide des jungen Ich haben negative Folgen für das zukünftige Ich. Daraus folgt in dieser Sichtweise, dass hier ein Marktversagen vorliegt. Frei übersetzt: Der Staat soll die Leute vor sich selber schützen. Tatsächlich? Die Autoren der RFA-Studie weisen freimütig darauf hin, dass diese Perspektive etwas eklatant Paternalistisches hat – und dass andere Ökonomen Staatseingriffe unter diesen Voraussetzungen prinzipiell ablehnen.

So bleibt die Sache unter den Gelehrten umstritten. Das macht es für die Stimmberechtigten umso angenehmer: Ohne sich ökonomisch oder anderweitig rechtfertigen zu müssen, können sie am 13. Februar frei aus dem Bauch heraus entscheiden, wie weit sie die Tabakwerbung verbieten wollen. Dafür mag es gute Gründe geben – die vielzitierten «Milliardenkosten», welche die Raucher angeblich der Allgemeinheit aufbürden, gehören nicht dazu.